

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Interesse werden die Sachverständigen über deren Raum mit 15 J. Reklamen mit 50 J die Stelle berechnet, bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt.

Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillnitzer Straße 13. — Fernsprecher 1366
Für Rückgabe unverlangt. Schriftstücke keine Verbindlichkeit
Redaktions- und Expeditionsnummer: 11-12 Uhr.

Verständlich täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abgabe A.: Mit der Zeit in Post und Zeitungs-Vertriebsstellen 2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,50 M.
Abgabe B.: Ohne illustrierte Beilage direkt 1,80 M. In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,20 M. — Einzel-Nr. 10 J. — Zeitungspreis 12 M.

DRESDEN - A.
Fräul. Pohler's Töchterpensionat.
VILLA ANGELIKA, Schorrstraße 61.
 Altrenommiert. Herrlicher Parkgarten. Tennis. Höchste erziehbliche Vorteile. Erste Lehrkräfte für Sprachen, Wissenschaften, Musik, Malen usw. 4 Nationallehrerinnen. H. Fringsen, u. h. h. Aus- bildung. Vorz. K. Körperpflege; Bäder. Eigenes Ferienheim auf Bergeshöhe: Pohler-Haus, Coschewitz, nahe am Walde. Ausichts- perspektive d. Vorsteherin. — Vorsteherin: Fräulein A. Pohler.

Der portugiesische Handelsvertrag.

Aus diplomatischen Kreisen wird uns geschrieben: Das Handelsabkommen mit Portugal macht der Regierung ernste Sorgen; sie läßt alle beamteten und freiwilligen Regierungskommissare für sich arbeiten, um am nächsten Donnerstag keine Niederlage zu erleiden. An diesem Tage nimmt die Kommission Stellung zu dem Vertrage, der im Reichstage so herzlich aufgenommen worden ist. In einer anderen Angelegenheit soll zwar „Baron de Schön“ gesagt haben, daß die Abgeordneten wie „junge Hunde“ variieren, wenn er ernstlich wolle; allerdings wurde das schöne Wort sofort dementiert. Diesmal scheint der Herr Staatssekretär auch auf seine Dressurmeisterhaft nicht zu vertrauen, denn unter der Hand wurden allerlei Interessenten mobil gemacht; diese belagern förmlich den Reichstag. Da kommt ein Herr Klagenstein aus Hamburg, dann Geh. Kommerzienrat Vogel aus Chemnitz, der Teppiche nach Portugal verkauft; ein Legationsrat, der mit der Industrie verwandt ist, macht dann Verbände mobil, um einige Zustimmungserklärungen zu erhalten usw. Wenn man aber auf der anderen Seite erfährt, daß Deutschland das portugiesische Offert ohne nähere Verhandlungen einfach angenommen hat, dann bleibt ein ernstlicher Bodenfuß von parlamentarischer Bestimmung vorhanden.

Für die Entscheidung des Reichstages kann freilich allein maßgebend sein die Verantwortung der Frage: was bringt der Handelsvertrag mit Portugal? Die Antwort wird je nach den wirtschaftlichen Interessen verschieden laufen, so daß die Gesamtbeurteilung erst die Antwort geben kann. Die portugiesische Regierung ist bei Handelsverträgen durch Gesetz gebunden; sie muß bei diesen folgenden Gesichtspunkte beachten: 1. für gewisse namentlich aufgeführte Gegenstände ist jede Zollermäßigung wie auch Bindung der gegenwärtigen Zollsätze ausgeschlossen, 2. für andere, ebenfalls namentlich aufgeführte Gegenstände ist eine im Höchstfalle 30 Prozent nicht überschreitende Ermäßigung der Zollsätze zulässig, falls von seiten des anderen Landes entsprechende Konzessionen gemacht werden; 3. für alle übrigen nicht unter 1 und 2 fallenden Artikel ist eine Bindung der bestehenden Zollsätze nicht zulässig; 4. die Regierung wird ermächtigt, anderen Ländern gegenüber, die Portugal das Recht der Meistbegünstigung nicht gewähren, die Zollsätze und die Schiffsabgaben bis zur doppelten Höhe des Generaltariffes heraufzusetzen. Auf diesen vier Grundpfeilern ruht auch der Vertrag, der nun einig entgegengenommen an Deutschland bedeutet und zwar in folgender Richtung: um die deutsche Industrie, der es natürlich vor allen Dingen darauf ankommt, mit bestimmten Verhältnissen rechnen zu können, vor willkürlichen Zoll-erhöhungen zu schützen, hat die deutsche Regierung es durch- gesetzt, daß bei allen diesen Artikeln für etwaige Zoll-erhöhungen eine Grenze portugiesischerseits zugestanden worden ist. Ueber diese Grenze hinaus darf Portugal auch auf diese Artikel keine Zölle nicht erhöhen, es also tatsäch- lich auch bei diesen Artikeln eine Bindung der Zollsätze nach ebenhin erfolgt. Man kann sehr im Zweifel sein, ob die portugiesische Regierung überhaupt dazu berechtigt war, jedenfalls wird man anerkennen müssen, daß vorerst mehr zu erreichen nach Lage der Dinge überhaupt vollkommen ausgeschlossen ist. Bemerkenswert sei noch, daß die hierher ge- hörigen Artikel in einer dem Vertrage angefügten Ta- belle A namentlich aufgeführt worden sind.

Weiter ist vereinbart worden, daß, sofern Portugal von der Ermächtigung einer Zollserhöhung auf diese in Tabelle A angeführten Artikel Gebrauch macht und auch nur für einen einzigen dieser Gegenstände irgend eine Zoll-erhöhung eintreten läßt, dann sofort für eine ganze Reihe von Artikeln die bestehenden Zollsätze auf eine eben- falls im Vertrage vereinbarte Grenze ermäßigt werden müssen. Ein weiterer Vorzug des Vertrages, der sich aus der vorher erwähnten Bindung sämtlicher portugiesischer Zollsätze ergibt, liegt darin, daß bei Zollstreitigkeiten das in dem Vertrage vereinbarte Schiedsgericht nicht nur für die in den Zollverträgen aufgeführten Waren, sondern un- beschränkt für alle nach Portugal einzuführenden Gegen- stände zuständig ist, da nicht wie in anderen Verträgen nur ein Teil des Tariffes, sondern der ganze Zolltarif Vertrags- tarif ist. Endlich sei drittens noch darauf hingewiesen, daß Portugal Deutschland das Recht der Meistbegünstigung mit Ausnahme der Zugeständnisse an Brasilien zugestanden hat. Es ist ja selbstverständlich nur erfolgt gegen die Zu- sicherung der Meistbegünstigung Portugals auf dem deutschen Markte, aber es scheint wichtig, in diesem Zu- sammenhange auf dieses Recht noch ganz besonders hinzu-

weisen, weil von den Gegnern vielfach damit operiert wird, andere Länder, zum Beispiel Frankreich und England, würden von Portugal weitergehende Zugeständnisse in bezug auf einzelne Zollsätze zu erreichen wissen. Wenn tatsäch- lich diesen Ländern gegenüber irgend ein Zollsatz er- mäßigt wird, muß ganz dieselbe Ermäßigung kraft der Meistbegünstigung ohne weiteres ja auch Deutschland zu- fallen.

Welches sind nun die Bedenken gegen die Annahme des Vertrages? Da steht in der ersten Reihe die Zollbegün- stigung für den portugiesischen Rotwein; dieser erhält einen solch niedrigen Zollsatz, daß der deutsche Rotwein kaum mehr mit demselben konkurrieren kann. Unsere deutschen Rotweinhändler sagen daher, daß der Vertrag abzulehnen sei, denn sie könnten nicht immer die Schlachtopfer werden. Weiter wird betont, daß die Industrie von den Zoll- ermäßigungen keinen Vorteil haben werde, da auch die er- mäßigten Zölle so hoch seien, daß an eine Ausfuhr von vielen Artikeln gar nicht mehr gedacht werden könne. Por- tugal aber brauche Deutschland als Absatzgebiet für die Er- zeugnisse seiner Landwirtschaft und daher könnten wir ganz anders auftreten. Wenn es nach Ablehnung des Ver- trages auch zum Zollkrieg komme, verliere Deutschland gar nichts, Portugal aber sehr viel. Als dritter Grund wird geltend gemacht, daß es für das amerikanische Ab- kommen ein sehr schlechtes Vorspiel sei, wenn jetzt Deutsch- land gegen einen Kleinstaat so nachgiebig sei. Der Ueber- mut der Amerikaner müsse wachsen, so daß man uns am Ende alles hiete in der Hoffnung: Deutschland nimmt doch an! Es sind also recht ernste Bedenken, die gegen die An- nahme des Vertrages sprechen und die Vorzüge sind nahe bei einander. In allen Fraktionen des Reichstages sitzen daher auch Gegner des Handelsvertrages und Freunde des- selben, nur die Linke will geschlossen für und die national- liberale Fraktion geschlossen gegen denselben stimmen. Wie wir die Stimmung kennen, darf der Vertrag auf eine kleine Mehrheit rechnen im Reichstage, da eben viele einen Zollkrieg nicht wünschen und bereit sind, nachzugeben.

Deutscher Reichstag.

Die Mansfelder Streikinterpellation endigte am Dienstag mit einer großen Niederlage der anfragenden Sozialdemokraten; zwar redete Abg. Sachse (Soz.), der Führer der Bergarbeiter, nahezu zwei Stunden und suchte alles als harmlos hinzustellen, die Zuziehung des Militärs sei überflüssig und schädlich gewesen. Aber er setzte sich in die Kesseln. Staatssekretär Delbrück hatte sein übliches Mißgeschick und konnte nichts Durchschlagendes sagen; dagegen rettete der neue Kriegsminister v. Springen in seiner Jungfernrede die Situation für die Regierung; er sprach in frischer, fliehender Rede und legte dar, daß die Armee solche Maßnahmen ungern ausführe, daß sie aber stets dem Rufe nach Ordnung folgen werde. Lebhafter Beifall folgte dieser kernigen Erklärung; der neue Kriegsminister hat sich damit recht gut eingeführt. Der Reichsreporter Dr. Arndt führte die Genossen scharf ab und der Zentrum- abgeordnete Dr. Fleischer schilderte in lebhaften Far- ben die Drangsalierung der katholischen Arbeiter durch die Genossen; die roten Abgeordneten wurden dabei sehr nervös. Die weiteren Redner vervollständigten die Niederlage der Sozialdemokratie.

k. Berlin, Sitzung vom 18. Januar 1910.

Vizepräsident Dr. Spahn eröffnete die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Albrecht über den Mansfelder Streik.

Abg. Sachse (Soz.) begründet folgende Anfrage: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß bei dem kürzlich im Mansfelder Bergrevier ausgebrochenen Bergarbeiterstreik Militär zugesogen ist, um den Bergarbeitern die Ausübung ihres rechtmäßigen gewähr- leisteten Koalitionsrechts zu erschweren und sie an dessen Aus- übung zu hindern? Ist dem Herrn Reichskanzler ferner bekannt, daß bei diesem Streik Offiziere und Beamte sich viele Verdächte gegen Koalitionsfreiheit zu schaffen kommen ließen? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um solchen Vorkommnissen für die Zukunft vorzubeugen? Redner schildert seine Appellationsinstanz im Mansfelder Streik, die erschienenen Arbeiter hat man gemahregelt. Die Verhältnisse der dortigen Arbeiter sind sehr schlecht, die Arbeiter erhalten sechs Monate lang keinen Lohn. Man hat Militär herbeigeholt, um den Streik zu unterdrücken, man stellte ein geladenes Maschinengewehr auf dem Marktplatz auf. Keine Unruhe fand statt, kein Mensch wurde verletzt, die Streikbrecher wurden ver- urteilt; da zog ein Streikbrecher einen verrosteten Dolch, der die Frau die ihn verhöhrte, getötet hätte; da gab es eine Schläperei, wie sie jeden Sonntag vorkommen. Aber deshalb braucht man kein Militär. Freilich wegen Ammenmärchen hat die Behörde die Hosen voll bekommen. (Heiterkeit.) Eine Gefahr war gar nicht vor- handen. Jeder Soldat hatte 30 scharfe Patronen erhalten. Die Soldaten lagerten in Heißbad, ein Theater für die Kinder, man lockte ob der Angst. Aber auch Verärgerung zeigte sich; selbst reichstreuere Arbeiter sagten mir: wenn man schießt, gebrauchen wir Dynamit. In Eisenbahn wurde ein Dieselmädchen, das Fleisch holte und die Militärkette durchbrach, verhaftet; fünf Soldat- n führten das Mädchen zur Wache. (Heute leit.) Nur einen Toten gab es: einen Militärgaul. Unsere Flugblätter, die zur Ruhe mahnten, wurden beschlagnahmt. Zum Militär und der Gendarmerie kam noch die „schwarze Polizei“, aber die katholischen Arbeiter kamen nachher zu uns. Die Polizeibehörden haben sich schamlos verhalten. (Vizepräsident Dr. Spahn bittet den Redner, nicht beleidigende Ausdrücke zu gebrauchen.) Der Landrat hat sich gegen die Arbeiter parteiisch benommen und die Koalitionsfreiheit be- schränkt. 600 Arbeiter hat man nach dem Streik arbeitslos gelassen, das ist ein Denkmal der Schande. Wir haben unsere Pflicht getan, tun Sie (zu der Regierung) die Ihrige. (Beifall links.)

Staatssekretär Delbrück verliest eine schriftliche Erklärung. Nach § 68 der Reichsverfassung sind die Bundesfürsten berechtigt, Truppen zu polizeilichen Zwecken zu verwenden. Der Landrat hat das Militär gewünscht, nachdem schwere Ausschreitungen vor- gekommen waren. (Rufe: Wo?) Arbeitswillige wurden beleidigt und beschimpft, die Polizei wurde von den Streikenden an die Wand gedrückt. Die Polizei hat die Pflicht, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten; grundsätzlich sollten die Polizei- behörden ohne Militär auskommen; das ist auch Ansicht des Reichskanzlers. Die Angriffe gegen preussische Beamte sind nicht berechtigt, soweit keinerlei Beschwerden eingegangen sind. Auf weitere Einzelheiten kann ich nicht eingehen. Der Reichskanzler ist bestrebt, eine gleichmäßige Anwendung der Gesetze zu garan- tieren. (Beifall rechts.)

Kriegsminister v. Springen steht es als eine glückliche Wendung an, daß er bei seinem ersten Auftreten die Armee ver- teidigen dürfe. Die Armee hat gar nicht nachzuprüfen, um was es sich handelt, wenn sie angerufen wird; die Armee folgt hier einfach. Die Maschinengewehre gehören zur Truppe und können nicht zu Hause gelassen werden. Die Lage war recht gefährlich; die Gendarmen wurden von der Menge entmannt. Erst nach zweimaligem Trommelwirbel ging die Menge auseinander. Mit der Koalitionsfreiheit haben wir nichts zu tun. Die Truppe wurde sehr ermüdet durch den Dienst. Um politische Fragen haben wir uns nicht zu kümmern. (Beifall.) Zu einem Zusammenstoß kam es nicht. Der Armee macht es keinen Spaß, solche Dinge zu tun, sie hat andere Arbeiten. Die Offiziere haben sich einwandfrei be- nommen. Nicht eine einzige Beschwerde ging ein. Keine einzige Frau ist verhaftet worden, auch kein Dienstmädchen. (Große Heiterkeit.) Der eine Verhaftete wehrte sich derart gegen seine Verhaftung, daß das Gefängnis dabei in Trümmer ging. (Heiter- keit.) Der Armee machen solche Dinge kein Vergnügen. Wenn wir gerufen werden, werden wir feistehen, um unter allen Um- ständen Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. (Beifall rechts und stürmischer Beifall rechts und Heiterkeit.)

Abg. Singer (Soz.) beantragt die Besprechung der Inter- pelation.

Abg. Dr. Arndt (Reichsp.) dankt dem Militär für sein entschiedenes und besonnenes Eintreten, selbst die Streikenden er- kennen dies an. Das Militär hat ein großes Unglück verhütet; denn auf dem Abg. Sachse würde die Blutschuld liegen. Nach den sozialdemokratischen Verammlungen begannen die Unruhen. Die Arbeitswilligen wurden mißhandelt von den Streikenden; diese aber haben auch ein Recht auf Schutz. Die Arbeiter sind reichs- treu geblieben; sie sagen: wenn der Kaiser ruft, dann jagen wir die roten zum Teufel. Die katholischen Arbeiter haben den ganzen Streik maßvoll und richtig beurteilt; sie haben sich auch zurück- gehalten. Es war ein freivolter Streik, der nur der Sozialdemokratie nützen sollte. (Beifall.)

Abg. Dr. Fleischer (Zt.) Der Abg. Sachse hat die Tat- sachen in schlimmster Weise verdreht. Die katholischen Arbeiter wurden beschimpft und deprimiert, geschlagen, mißhandelt usw. Ich verlange gleiches Recht für alle. Die katholischen Arbeiter hat man gar nicht gefragt, sondern ihnen von der Streikleitung jede Auskunft verweigert. Die Sozialdemokratie will sich als Herrin aufwerfen und anderen Arbeitern ihren Willen durchsetzen. Der Streik in Mansfeld ist von allen Nichtsozialdemokraten verworfen worden. Die Mißstände auf diesen Gruben billige ich nicht. Bei der Verwendung des Militärs sind Mißgriffe vorgekommen. Redner beleuchtet das Verhalten der Sozialdemokraten, die zur Anarchie geführt hätte. Nicht durch solche Ausschreitungen wird das Recht der Arbeiter sicher gestellt, sondern durch die Gerechtig- keit. (Beifall.)

Abg. Pauli (R.): Von der Anfrage ist nichts mehr übrig geblieben.

Abg. Gothein (Zf. Volksp.) mißbilligt die Zuziehung des Militärs.

Nach kurzer Debatte verlagert sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr: Interpellation über das Vereinsgesetz. Schluß 2/8 Uhr.

Politische Rundschau.

Dresden, den 19. Januar 1910.

Die Zentrumsfractionen des Reichstages und preussischen Landtages veranstalteten am Mittwoch im Zentral- hotel ein Festdiner zu Ehren der drei Jubilare Heye, Spahn und von Strombeck, die je 25 Jahre dem Reichstage und Landtage angehört haben.

Eine Verbilligung der Gebührensätze für Post- scheck konnte bisher nicht eingeführt werden, da sich das Postfachwesen noch immer in der Entwicklung befindet und sich nicht übersehen läßt, ob die Einnahmen die Betriebs- kosten dauernd übersteigen werden. Sobald sich diese Er- fahrung geltend gemacht hat, will man die Gebührensätze herabsetzen.

Die Kommissionsverhandlung über den portugie- sischen Handelsvertrag zeigte sich dramatisch zu. Es stellte sich heraus, daß die deutschen Unterhändler sich ihrer Auf- gabe nur in sehr ungenügendem Maße gewachsen gezeigt hatten. Die gegen die Abmachungen mit Portugal er- hobenen Einwände waren so schlagend, daß selbst die grund- sätzlichen Vertreter der Handelsvertragspolitik mißtrauisch wurden. Wäre es in der letzten Woche zur Abstimmung gekommen, dann wäre aller Wahrscheinlichkeit nach der Vertrag abgelehnt worden. Man hat diesen Eklat ver- mieden und die Abstimmung um eine Woche verlagert. Es ist möglich, daß der Reichstag schließlich doch noch in den sauren Apfel beißt, um nicht durch einen Zollkrieg, wenn auch nur gegen das kleine Portugal, den deutschen Außen- handel zu beunruhigen, aber selbst im günstigsten Falle bleibt ein peinlicher Rest übrig. Das Mißtrauen gegen die auswärtige Politik des Reiches hat eine bedenkliche Ver- stärkung erfahren.

Ein Stellvertreter des preussischen Ministerpräsi- denten. Der konservative Etatsredner im Abgeordneten- hause, Herr v. Rappenheim, hat am Sonnabend dem ab- wesenden Ministerpräsidenten v. Bethmann-Hollweg zu ver- stehen gegeben, daß er für einen Stellvertreter sorgen möge, der seine Geschäfte in Preußen zu erledigen hätte. Viel-